



Polen - Pressespiegel 49/2025 vom 4.12.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Ein Plan für die Ukraine und die Angst um die Souveränität Polens
- Polexit in Raten
- Die Regierung sucht eine Chance im Konflikt mit Nawrocki. „Alles, was er tut, wirkt zu unserem Vorteil“
- Agenten des Zentralen Antikorruptionsbüros [CBA] im Hauptquartier der Rydzyk-Stiftung. Neues Material zum Justifonds
- Die „Konfederacja Korony Polskiej“ [Konföderation der Polnischen Krone] und ihre „Vorteile“. Warum wollen Menschen für Braun stimmen? [MEINUNG]
- Tusk wie Przyłębska, Ziobro und Duda. Vier Unwahrheiten des Premierministers zum Urteil des EuGH

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Ein Plan für die Ukraine und die Angst um die Souveränität Polens



Quelle: ANDREW HARNIK Getty Images

Von **Jarosław Kuisz**

Ich habe schlechte Nachrichten für uns: Weder die politische Einigkeit der Polen noch eine heftige Polarisierung werden unseren Rang in Washington erhöhen. Die Leute von Trump haben Friedenspläne für die Ukraine, in denen ein Absatz über Polen enthalten war, weder mit Sikorski, noch mit Nawrocki, noch mit Tusk, noch mit Kaczyński abgestimmt. In Polen muss man zur Besinnung kommen und überlegen, wie wir jetzt effektiv unsere Souveränität verteidigen können.

„München“, brüllte der ehemalige britische Premier Boris Johnson. Und er war nicht der Einzige. In den sozialen Medien erklärten viele, dass sie den Duft diplomatischer Verräterei des Jahres 1938 witterten. Andere, wenn sie die politische Nase rümpfen, riechen eher den fauligen Gestank aus Richtung Jalta. Ob zu Recht oder nicht: Historische Analogien spiegeln eher unsere Ängste als zukünftige Szenarien wider. Alte Ereignisse lassen sich nicht einfach auf die Gegenwart übertragen.

Die Falle der frommen Wünsche

Dennoch schlug die Nachricht, dass hinter den Kulissen an einem Friedensplan für die Ukraine gearbeitet wird, wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein. Und das hätte sie nicht machen sollen. Seit Januar 2025 tappen wir unaufhörlich in die Falle der frommen Wünsche.

Donald Trump hat eindeutig eine Schwäche für Wladimir Putin. Er betrachtet ihn sicher nicht als Feind und Kriminellen, mit dem man nicht sprechen sollte. Seine Abneigung richtet sich eher gegen die schwächere Ukraine. Seit er versuchte, in Kiew belastendes Material über Joe Bidens Sohn zu finden, bis zum berüchtigten Eklat im Oval Office, nervt Präsident Selenskyj Trump eher. Der US-Präsident versteht die Ursachen des Krieges in der Ukraine nicht und will sie auch nicht verstehen. Aus Washingtoner Perspektive stört ihn der Krieg nur bei anderen Plänen, etwa bei der Muskelspielerei gegenüber China.

Schnelle Friedensgespräche wiederum würden ihm erlauben, aus dem medialen Sumpf der sogenannten Epstein-Affäre herauszukommen, eines kriminellen Skandals mit pädophilen Hintergründen. Trumps Ablenkung von den Problemen seines ehemaligen Freundes ist keineswegs belanglos. Die politische Unterstützung des Politikers ist rasant eingebrochen. Zum ersten Mal tauchten am konservativen Horizont Figuren auf, die bereit waren, den Präsidenten zu kritisieren.

Uns interessieren diese Angelegenheiten nicht besonders, sie sind ein „fait divers“, denn wir haben Krieg. Kürzlich sind russische Drohnen in Polen eingedrungen.

Zwei Blickwinkel

Gerade deshalb ist Herr Trump aus osteuropäischer Sicht eher ein geopolitischer Ignorant, der nicht begreift, dass Zugeständnisse an den Aggressor keinen Frieden bringen können. Von einem wirklichen Frieden kann keine Rede sein. Die Aufgabe befestigter Stellungen durch die Ukraine (wie es Russland fordert) unterscheidet sich tatsächlich kaum vom Abtrennen der sudetendeutschen Befestigungen aus der Tschechoslowakei durch Adolf Hitler im Jahr 1938.

Da sich die Sichtweisen Washingtons und Osteuropas (zumindest vorübergehend) offenbar nicht treffen, entscheidet die Meinung des Stärkeren. Deshalb können wir so viel hamletisieren, wie wir wollen. Nach Gerechtigkeit und Vernunft rufen. Bilder von Opfern zeigen. Viel wird das nicht ändern. Wir sollten uns vielmehr darüber im Klaren sein, dass Donald Trump seit Januar 2025 aus seiner Perspektive genau in dieser Konsequenz handelt. Fügen wir von uns hinzu: LEIDER. Gleichzeitig breitet er rote Teppiche vor dem Kreml aus und droht zum Schein. In Wirklichkeit hat er jedoch seit Beginn seiner Präsidentschaft keinerlei ernsthafte Maßnahmen gegen Russland ergriffen.

Das Gequatsche über schreckliche Sanktionen, darüber, dass die Ukraine das Recht habe, die verlorenen Gebiete zurückzuerobern usw., erweist sich als das, was es ist: Gequatsche. Nichts weiter. In der Realität jedoch setzen sich in verschiedenen Teilen der Welt Vertreter Trumps mit Abgesandten des Kremls an den Tisch. Ohne Vertreter Europas. Ohne Vertreter aus Kiew.

Irgendwie geschieht es auf „zauberhafte“ Weise, dass sie sich fast jedes Mal der russischen Position anschließen. Danach macht sich die Ukraine zusammen mit ausgewählten Ländern der Europäischen Union daran, diese russisch-amerikanischen diplomatischen Finten wieder zu entwirren. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass genau dies die Trends der Washingtoner Diplomatie sind. Und dabei hilft ihnen ganz entschieden noch eines: Donald Trumps Übergabe der Diplomatie in die Hände einer Armee von Ignoranten.

Der US-Präsident vertraut Bauunternehmern u. Ä., weil er sich in ihnen selbst erkennt. Manchmal erscheint am Horizont der einzige Mensch, der ein wenig über die Ukraine weiß, nämlich Marco Rubio, dann muss er nach Genf eilen, um über ein Dokument zu sprechen, das er, trotz theoretisch großer Befugnisse, ganz offensichtlich selbst nicht vorbereitet hat. Bitte vergessen Sie die Zeiten machiavellistischer Gelehrter, globaler Schachspieler vom Kaliber eines Kissinger oder eines Brzeziński. Dieses Washington gibt es nicht mehr.

Die Geringschätzung der Polen

Uns ist aufgefallen, dass im ursprünglichen Friedensplan für die Ukraine ein Absatz über Polen auftauchte. Wie im Fall Kiews wurde dieser Punkt mit uns von niemandem konsultiert. Weder mit Sikorski noch mit Nawrocki, noch mit Tusk noch mit Kaczyński – kurz gesagt: mit NIEMANDEM.

Auch wenn dieser Punkt sich jetzt offenbar in Luft aufgelöst hat und wir uns einzureden versuchen mit dem üblichen Singsang nach Niederlagen: „Polen, nichts ist passiert“, sehe ich das anders. Es ist etwas passiert, und zwar sehr viel. Erstens sollte man sich klarmachen, dass die Politik der imperialen Stärke in der Diplomatie schlicht bedeutet, die Position schwächerer Staaten zu ignorieren. Ob verbündet oder nicht, das spielt keine Rolle.

Mitunter hört man Stimmen, Warschau wäre nicht so instrumentalisiert worden, wie seit Januar 2025 Kiew behandelt wird. Doch gerade die Geschichte mit dem Friedensplan beweist etwas ganz anderes. Genauso sind auch wir behandelt worden. Unsere Souveränität oder unsere NATO-Mitgliedschaft spielen KEINE Rolle. Und das sollte man besser zur Kenntnis nehmen.

Zweitens habe ich eine schlechte Nachricht für uns: Weder politische Einigkeit noch Polarisierung werden unseren Rang in Washington erhöhen. Die diplomatische Kehrtwende in den USA bedeutet, dass der globale Idealismus, von dem wir profitiert haben, ins Archiv gelegt wurde. Um kleine Länder am anderen Ende der Welt zu unterstützen, muss man entweder die Demokratie oder die Idee der nationalen Selbstbestimmung propagieren.

Dabei konnte man Geld verdienen, wie in Zeiten des Kalten Krieges (und danach), doch ganz auf jenen Idealismus konnte man nicht verzichten. Er war ein Wegweiser am Straßenrand, der der Diplomatie die Richtung zeigte. Dieses Schild wurde auf den Müll geworfen, und so haben unsere lokalen „dummen Zwistigkeiten“ für die USA keine Bedeutung.

Letztlich stellt Donald Trump seit Jahren die Frage, ob er die NATO überhaupt braucht. Wir dagegen fragen uns zusammen mit anderen Europäern, ob, trotz der Millionen, die wir für Waffen aus Übersee ausgeben, die Amerikaner uns tatsächlich helfen werden.

In einer Welt, in der die Faust, Ignoranz und die List räuberischer Supermächte herrschen, zählt die Meinung unserer Politiker nicht. Ich weiß nicht, ob es ein Trost sein soll, dass in den USA auf ähnliche Weise auch die Meinung etwa des mit Trump befreundeten finnischen Präsidenten und vieler anderer ignoriert wurde. Für uns ist das eher ein weiterer Grund, uns um unsere Souveränität zu sorgen. Und kein Grund zur Freude.

Zsfg.: AV

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-plan-dla-ukrainy-a-strach-o-suwerennosc-polski,nId,22459907>



www.mleczko.pl

Wir möchten eine gemütliche Wohnung in einem hohen Stockwerk mit einem attraktiven Blick auf die untergehende Zivilisation.

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Polexit in Raten



Quelle: [Jacek Szydłowski Agencja FORUM](#)

Von **Antoni Dudek**

Nach einer eventuellen Machtübernahme einer rechtsgerichteten Koalition im Jahr 2027 wird diese – unter der Führung des Präsidenten – eine neue Konfrontation mit Brüssel beginnen, die neben dem noch immer ungelösten Problem der Justiz auch Energie- und Migrationsfragen umfassen wird.

Nach mehrmonatiger Eingewöhnungszeit im Präsidentenpalast und zahlreichen Auslandsreisen, deren konkrete Ergebnisse bisher nur **Karol Nawrockis** engstem Kreis bekannt waren, begann der Präsident, **seine außenpolitischen Prioritäten offenzulegen**. Das überrascht nicht. Seiner Ansicht nach stellt nicht Putins Russland die größte Bedrohung für Polen dar, sondern die von Deutschland dominierte Europäische Union.

Deshalb erwähnte er bei den Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag nicht den andauernden hybriden Krieg, den Russland gegen uns führt, sondern konzentrierte sich darauf, „einige polnische Politiker zu entlarven, die bereit sind, die polnische Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität Stück für Stück an ausländische Institutionen, Gerichte und ausländische Agenturen der Europäischen Union abzutreten“. Obwohl er ihre Namen nicht nannte, ist klar, dass er nicht die Politiker von PiS, **Konfederacja oder Korona meinte**, die seit Jahren ähnliche Vorwürfe gegen die Parteien der aktuellen Regierungskoalition

erheben. Er fügte dem eine pompöse Erklärung hinzu: „Ich werde nie wieder zulassen, dass wir zum Pfau und Papagei der Nationen werden und passiv wiederholen, was aus dem Westen kommt.“

Prager Programm

Am vergangenen Montag ergänzte der Präsident diese vagen Erklärungen durch ein konkreteres Programm, das er im Rahmen eines Vortrags an der **Karls-Universität in Prag** vorstellt. Es besteht aus mehreren Hauptpunkten.

Zwei der Punkte sind unstrittig. Der erste betrifft **die Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips** in den Bereichen der EU-Entscheidungsfindung, in denen es derzeit gilt. Dies ist Gegenstand einer Kontroverse, da insbesondere in **Paris** und **Berlin** Ideen aufkommen, den Anwendungsbereich des Einstimmigkeitsprinzips einzuschränken. Dies würde es beispielsweise ermöglichen, das ungarische „Liberum Veto“ in verschiedenen Angelegenheiten, darunter auch bestimmten Aspekten der EU-Unterstützung für die Ukraine, zu überstimmen.

Der zweite Punkt betrifft den Widerstand gegen den Vorschlag, die Anzahl der Kommissare in der Europäischen Kommission zu begrenzen – derzeit hat jeder Mitgliedstaat dort einen Vertreter –, was nach Ansicht der Befürworter dieser Lösung die Kommission effizienter machen würde.

Es ist schwer, dem Präsidenten zu widersprechen, dass beide Änderungen, sollten sie umgesetzt werden, die Dominanz der größten EU-Länder stärken würden. Die Frage ist: Welche? Könnte Polen eine Führungsrolle innerhalb **der Drei-Meere-Initiative** übernehmen, wären solche Änderungen nicht zwangsläufig nachteilig für uns.

Während der PiS- Regierung, die im Gegensatz zu Donald Tusks Team die Drei-Meere-Initiative stark förderte, wurde jedoch deutlich, dass **es uns nicht gelang, diese regionale Zusammenarbeit auf EU-Ebene einzubringen**. Daher stimmen wir dem Präsidenten zu: Die Begrenzung des Einstimmigkeitsprinzips und der Anzahl der Kommissare liegt nicht im besten Interesse Polens.

Die Umsetzung der beiden nächsten Punkte des Programms des Prager Präsidenten würde eine Überarbeitung des aktuellen Gründungsvertrags der Europäischen Union erfordern. Nawrocki möchte **das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates abschaffen** und es durch den Staatschef desjenigen Mitgliedstaats ersetzen, der derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, was einer Rückkehr zum Charakter der Ratspräsidentschaft vor **dem Vertrag von Lissabon** entspräche.

Dies soll mit einer Änderung des **Abstimmungssystems im Rat der EU** einhergehen, um den übermäßigen Vorteil großer EU-Länder zu beseitigen.

Abgesehen von der Frage nach der Machbarkeit einer Revision des Vertrags von Lissabon – über die Jarosław Kaczyński vor einem Jahrzehnt sprach, als Nawrocki noch ein rangniedriger Beamter am Institut für Nationales Gedenken war – lohnt es sich zu überlegen, ob eine solche Änderung **tatsächlich den polnischen Interessen dienen würde**.

Die Europäische Union umfasst derzeit 27 Länder. **Polen** belegt beim BIP den sechsten und bei der Bevölkerungszahl den fünften Platz. Es ist schwer, Polen nicht als eines **der größten EU-Länder zu betrachten, und wenn es uns gelingt, unseren derzeitigen Vorsprung beim Wirtschaftswachstum zu halten, könnten wir in wenigen Jahren auch die Niederlande**, derzeit auf Platz fünf, wirtschaftlich überholen. Handelt Nawrocki also tatsächlich im Interesse Polens, indem er die „Reduzierung des übermäßigen Vorteils großer EU-Länder“ fordert?

Antideutsche Besessenheit

Die Rhetorik des Präsidenten deckt sich mit der Ansicht, die Jarosław Kaczyński und andere rechte Politiker seit Langem vertreten, dass die gesamte EU unter deutscher Kontrolle steht. **Deutschland** ist zweifellos das größte und damit einflussreichste EU-Land. Bedeutet das aber, dass Berlin den anderen Mitgliedstaaten tatsächlich seine Ansichten zu allen wichtigen Themen aufzwingt? Wäre dies der Fall, würde eine Änderung des Abstimmungsverhaltens im Rat der Europäischen Union nichts ändern.

Das derzeitige System der doppelten Mehrheit, das der Europäische Rat für Entscheidungen in Angelegenheiten anwendet, die keine Einstimmigkeit erfordern, verlangt die Zustimmung von 55 % der Ratsmitglieder (d. h. **15 der 27 Länder**), die mindestens 65 % der Gesamtbevölkerung der EU repräsentieren. Deutschland stellt etwa 19 % der EU-Bevölkerung, was deutlich macht, dass **es für die Verabschiedung von Gesetzen einer breiten Koalition bedarf**.

Selbst mit einer Einigung mit **Frankreich** (15 %) verfügen sie noch immer **nicht über genügend Stimmen**, um ihren Willen den übrigen Mitgliedstaaten aufzuzwingen. Sie müssen noch **13 weitere Länder**, in denen weitere 31 % der EU-Bürger leben, von ihrer Position überzeugen. Man müsste schon eine solche Denkweise wie Vorsitzender Kaczyński beherrschen, um zu glauben, dass „deutsche Agenten“ wie Donald Tusk gleichzeitig in all diesen Ländern an der Macht sind.

Warum also sind die Deutschen tatsächlich am einflussreichsten? Weil sie etwas gelernt haben, was für Polen unerreichbar bleibt: **Abkommen unter Beteiligung von etwa einem Dutzend EU-Länder auszuhandeln**. Und genau das ermöglicht es ihnen, das Zünglein an der Waage zu sein. Nicht immer, aber oft genug, damit Kaczyński und Nawrocki die Polen mit dem „deutschen Diktat“ verängstigen können.

Das Problem liegt bei uns, denn unabhängig davon, wer uns regiert, sind wir bisher nicht in der Lage, im EU-Forum breitere Koalitionen zu bilden.

Dies zeigte sich jüngst am deutlichsten im Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten. Polen ist nicht das einzige EU-Land mit einer entwickelten Landwirtschaft, dennoch ist es uns nicht gelungen, andere Agrarmächte der EU davon zu überzeugen, dass billige Lebensmittel aus Südamerika **nicht auch Landwirten in Frankreich, den Niederlanden, Spanien oder sogar Italien zugutekommen würden**, wo **Präsident Nawrocki Premierministerin Giorgia Meloni** persönlich auf das Problem aufmerksam machte.

Die vermeintliche ideologische Nähe der beiden Politiker erwies sich als nutzlos, und Rom beugte sich in dieser Angelegenheit dem „Diktat“ Brüssels und Berlins. Oder etwa nicht? Oder waren italienische Diplomaten und Beamte der Europäischen Kommission während der Verhandlungen besser in der Lage, ihre eigenen landwirtschaftlichen Interessen zu schützen, als der legendäre ehemalige polnische Landwirtschaftskommissar **Janusz Wojciechowski**, den die PiS vor Jahren nach Brüssel entsandt hatte, um die Interessen der polnischen Lebensmittelproduzenten zu wahren?

Derselbe, der durch die Förderung **des Green Deals** berühmt wurde, der von polnischen Bauern verflucht wurde und dessen Bestimmungen die jetzige Regierung teilweise neu verhandeln konnte.

Eine Herausforderung für die Regierung

Allerdings steht Polen vor einer weitaus größeren Herausforderung als der Verteidigung der Interessen der Landwirte, die als gesellschaftliche Gruppe nach wie vor am meisten von der polnischen EU-Mitgliedschaft profitieren. Die größte Herausforderung betrifft die Energiefrage.

Obwohl es Tusks Team kürzlich gelang, die Einführung des neuen Systems für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten (**ETS2**) um ein Jahr (von 2027 auf 2028) zu verschieben, wird das Thema Strompreise und die enormen Kosten der Energiewende weiterhin eines der wichtigsten, wenn nicht sogar **das wichtigste Thema des Wahlkampfs vor den nächsten Parlamentswahlen** sein.

Es ist außerdem klar, dass der Staatshaushalt, der durch enorme Sozial-, Gesundheits- und Verteidigungsausgaben stark belastet ist, keine weiteren Milliarden zur Verfügung haben wird, um den durch ETS2 prognostizierten Anstieg der Heiz- und Brennstoffkosten abzufedern. Diese Gebühren sollen Besitzer älterer Häuser dazu anregen, ihre Heizungsanlagen zu modernisieren, und Besitzer von Verbrennern zum Umstieg auf Hybrid- und Elektrofahrzeuge bewegen.

Zur Unterstützung dieses Prozesses soll Polen rund **15 Milliarden Euro aus dem Sozialen Klimafonds** der EU erhalten. Jedem, der das Ausmaß des Problems kennt, ist klar, dass diese scheinbar hohe Summe in Wirklichkeit **viel zu gering** ist. Auch die von Brüssel gesetzten Fristen sind viel zu kurz. Daher bleiben der Regierung Tusk weniger als zwei Jahre, um mehr Zeit und Geld auszuhandeln.

Ohne dies wird er die Wahlen verlieren, und der Anteil der Polen, die die EU-Mitgliedschaft unterstützen und derzeit bei **81 %** liegt (dies erklärt, warum heute allein **Grzegorz Braun** den Mut hat, offen über den Austritt aus dem Eurokolchos zu sprechen), wird im Rhythmus der nachfolgenden Reden von Präsident Nawrocki und anderen rechtsgerichteten Politikern, die argumentieren, dass „eine andere Union möglich ist“, zu schrumpfen beginnen.

Leider ist es nicht möglich, es sei denn, **der Rassemblement National übernimmt die Macht in Frankreich und die AfD** in Deutschland. In diesem Fall könnte es jedoch sein, dass die EU nicht Nawrockis angestrebte Reform, sondern deren Auflösung erlebt, da die neuen Regierungen in Paris und Berlin entscheiden würden, dass es, für sie nicht mehr rentabel ist, sogenannte Nettozahler zum EU-Haushalt zu sein – also Länder, die mehr einzahlen, als sie erhalten. Wir würden uns wiederum in einer gänzlich neuen geopolitischen und geoökonomischen Lage wiederfinden, die deutlich schlechter wäre als die jetzige.

Angenommen, dieses Katastrophenszenario tritt nicht ein, ist eine vollständige Ablehnung der EU-Energie- und Umweltpolitik nicht zu erwarten. Die meisten EU-Länder (nicht nur Deutschland und Frankreich) haben bereits enorme Investitionen in die Transformation ihrer Energiesektoren und den Schutz der natürlichen Umwelt getätigt.

Wäre es Polen vor Jahren gelungen, eine Koalition zu bilden, um das EU-Programm „**Fit für 55**“ zu blockieren, als es gerade verabschiedet wurde, ständen wir heute vor einer anderen Situation. Da jedoch die aufeinanderfolgenden Regierungen von **Ewa Kopacz** bis **Mateusz Morawiecki** dies nicht geschafft und stattdessen weitere Verpflichtungen eingegangen sind, bleibt uns nun keine andere Wahl, als für eine Abmilderung der strengen Auflagen zu kämpfen.

Sollte dies scheitern, wird nach der Machtübernahme einer rechtsgerichteten Koalition im Jahr 2027 unter der Führung des Präsidenten eine neue Konfrontation mit Brüssel beginnen, die neben dem noch immer ungelösten Problem der Justiz auch Energie- und Migrationsfragen umfassen wird.

Nawrockis Wahlversprechen, aus dem EU-Migrationspakt auszusteigen, ist schließlich noch immer nicht umgesetzt. Derzeit kann er dies nicht tun, genauso wenig wie seinen eigenen Personenschützer auszuwechseln, der von Tusks Regierung gestellt und bezahlt wird. Sollte die Rechte jedoch unter Nawrockis Schirmherrschaft wieder an die Macht kommen, könnte er nicht nur aus dem Migrationspakt aussteigen, sondern auch verkünden, dass sein EU-Reformprogramm abgelehnt wurde und die Polen sich nicht länger dem Diktat von Berlin und Brüssel unterwerfen werden.

Die neue Regierung wird im Rahmen ihrer Bemühungen, Brüssel entgegenzukommen, Zbigniew Ziobros alten Vorschlag umsetzen, die Zahlungen an den EU-Haushalt einzustellen, was vorhersehbare Vergeltungsmaßnahmen nach sich ziehen wird. **Ein schrittweiser Austritt aus der EU wird beginnen.**

Zsfg.: JP

<https://wydarzenia.interia.pl/kraj/news-polexit-na-raty,nld,22460308>

Die Regierung sucht eine Chance im Konflikt mit Nawrocki. „Alles, was er tut, wirkt zu unserem Vorteil“



Quelle: [Sławomir Kamiński / Agencja Wyborcza.pl](#)

Von Iwona Szpala und Agata Kondzińska

In den letzten Tagen hat Karol Nawrocki einiges zu hören bekommen. Von Tusk, dass er den Staat nicht durch einen „legislativen Sabotageakt, dieses moderne liberum veto, das Russland schon immer mochte“, schwächen solle. Von Radosław Sikorski, dass er zwar ein Recht auf nationalistische Ansichten habe, als Präsident in den außenpolitischen Beziehungen jedoch die Linie der Regierung zu vertreten habe. Und vom Sejm-Marschall Czarzasty, der erklärte: „Die Regeln sind einfach: Der Präsident repräsentiert, die Regierung regiert. Ich werde jedem Versuch, ein anderes Modell einzuführen, einen Riegel vorschieben. Ich werde das Marschall-Veto gegen schädliche Gesetzesvorhaben einsetzen, die dem Populismus und der Aufweichung der Funktionsregeln des Staates dienen.“

Das war eine Rückschau auf die letzten Wochen der Tätigkeit von Karol Nawrocki, der seinen Umzug in den Präsidentenpalast auf einer Wahlkampferzählung vom schlechtesten Premierminister seit 1989, von faulen Ministern und einer zerstrittenen Regierung aufgebaut hatte. Den Menschen versprach er, als Präsident mit diesem politischen Chaos aufzuräumen und die erwarteten Reformen durchzuführen. Viele hielten das lediglich für Parolen, mit denen er den Wahlkampf gewinnen wollte. Doch nach seiner Vereidigung änderte sich nichts.

Der Palast zitiert die Dienste herbei. Auf der Suche nach Konfliktstoff

Es kam also zu einer Reihe von präsidialen Vetos und eigenen Gesetzesvorschlägen. Weiterhin werden die vom Außenministerium nominierten Botschafter blockiert. Mehrere Dutzend Richter erhielten keine Beförderungen, und junge Beamte des Inlandsgeheimdienstes ABW sowie des Militärgeheimdienstes SKW mussten unverrichteter Dinge wieder abziehen. Nawrocki verweigerte ihnen die Offiziersbeförderungen, auf die sie gemeinsam mit ihren Nächsten bereits in Warschau warteten.

Während sich die Geschichte mit den Botschaftern noch aus der Präsidentschaft Andrzej Dudas hinzieht und der Streit um die Richter seit Jahren ein Konflikt ist, der die Politiker spaltet, kam Nawrockis Verhalten gegenüber ABW und SKW überraschend. Der Präsident versuchte, in die Kompetenzen des Premierministers einzutreten, dem die Dienste unterstehen. Der Wortwechsel spielte sich auf der Plattform X ab, wo zwei Versionen dieser Geschichte aufeinanderprallten. Der Präsident warf der Regierung vor, Kontakte zu den Diensten zu blockieren. Er versicherte, er habe lediglich mit deren Chefs über die geplanten Beförderungen sprechen und bei dieser Gelegenheit die ranghöchsten Offiziere kennenzulernen wollen.

„Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte hat er doch wohl auch verfassungsmäßige Kompetenzen im Hinblick auf die Oberaufsicht über die militärischen Geheimdienste. Jetzt ist er nicht einmal in der Lage, den Chef des SKW und anderer Dienste kennenzulernen. Das ist etwas Unglaubliches. Der Präsident hat eingeladen und danach ist nichts weiter passiert. Der Präsident will das Wort Entschuldigung hören“, sagte kürzlich in Fakt der Leiter des Büros für Nationale Sicherheit (BBN), Sławomir Cenckiewicz, der als der Mitarbeiter des Präsidenten mit dessen größtem Vertrauen gilt.

In der Regierung ist man der Ansicht, dass der Präsident kein Recht hat, die Chefs der Dienste zu einem Briefing einzubestellen. Man weist auch die Vorwürfe zurück, Nawrocki sei nicht ausreichend informiert worden. Er erhalte ein vollständiges Informationspaket, ein solcher Standard gelte seit Jahren. Der Ort für Gespräche sei zudem das Kollegium für die Dienste und nicht „eine Beorderung“ in den Präsidentenpalast.

„Das ist eine unerhörte Geschichte“, kommentiert ein Regierungspolitiker. „Premier Donald Tusk wollte die Dienste zu Gesprächen in den Palast schicken, gemeinsam mit dem koordinierenden Minister Tomasz Siemoniak. Es war der Präsident, der ablehnte. Er bildete sich ein, dass die Chefs der Dienste einzeln zu Gesprächen erscheinen würden, Nawrocki habe für jeden von ihnen eine Stunde vorgesehen“, sagt unser Gesprächspartner. „Er betreibt schlicht Wahlkampf für die Rechte, aber als Regierung werden wir uns daran nicht beteiligen.“

Ein anderer einflussreicher Politiker der Bürgerkoalition (KO) ist überzeugt, dass der Präsidentenpalast schlicht nach einem Anlass zur Konfrontation suchte. „Die Offiziersnominierungen waren nur ein Vorwand. Ausgenutzt und überzeichnet. Nawrocki wählte ein Ritual, das seit Jahren im Schatten der feierlichen Unabhängigkeitstage stattfand. Bis zu diesem Zeitpunkt war er eher in der Defensive“, hören wir. „Er umgibt sich mit politischen Dilettanten. Wie kann man in einer so instabilen Zeit gerade die Beförderungen von Leuten zum Angriffsziel machen, die für die Sicherheit im Gegenspionagebereich zuständig sind? Es war klar, dass Tusk, der Nawrocki von Anfang an gewarnt hatte, er solle nicht versuchen, ein Über-Premier zu sein, geschickt kontern würde“, kommentiert unser Gesprächspartner.

Er sagt, in der KO überwiege die Meinung, dass Nawrockis Politik auf Schulfühlern seiner Berater beruhe. Aber selbst wenn dem so sei, falle die Verantwortung auf den Präsidenten. „Sehen Sie doch, was zwei oder drei Tage später geschah. Nawrocki blockierte die Richterbeförderungen. Er ließ nicht locker, obwohl er das zu seinem Vorteil hätte ausspielen können. Immerhin wurden die Richter, denen er die Zustimmung verweigerte, von der Nationalen Richterkammer empfohlen, deren Legitimität wir nicht anerkennen. Ich möchte hier nicht sein Berater sein, aber er hatte politische Munition in der Hand.“

Sabotage auf den Gleisen, der Konflikt eskaliert

Zu Beginn der Präsidentschaft wirkten die Beziehungen zwischen dem großen und dem kleinen Palast eher wie Muskelspiele. „Es ging nach der Kabinettsitzung schief. Nawrocki wollte glänzen, sein Umfeld

überzeugte ihn, dass es ein guter Moment sei, Tusk vorzuführen, aber am Ende prallte er nur gegen eine Wand“, sagt ein Politiker aus dem Umfeld des Premierministers.

Bei der Kabinettsitzung versuchte Nawrocki, Tusk an dessen 100 konkreten Punkten zu messen, rief zu Arbeit und Umsetzung von Versprechen auf und pochte auf die Vorzeigeprojekte der PiS. Zudem äußerte er Besorgnis über die Staatsfinanzen. „Die Kabinettsitzung ist kein Ersatz für die Regierung oder das Parlament, sie ist auch kein Debattierklub“, konterte Tusk. Er betonte, dass er „die verfassungsmäßigen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit von Regierung und Präsident gewissenhaft überwachen“ werde. Er warf mit Zahlen um sich: 200 Mrd. für Sicherheit, Inflation 3,1 Prozent, also, wie er sagte, „haben wir uns von der schrecklichen Verteuerung zur PiS-Zeit entfernt“, niedrigste Arbeitslosigkeit in der EU und höchstes Wirtschaftswachstum in Europa.

Bei dieser ersten öffentlichen Konfrontation schnitt Nawrocki schlecht ab, so sah es nicht nur die Regierung, sondern auch die PiS-Zentrale in der Nowogrodzka. Es gab Vorwürfe an das Umfeld des Präsidenten, dass es „Tusk einfach reden ließ“, anstatt vorher die Kameras hinauszuschicken. Die Leute aus Tusks Umfeld hofften damals noch, dass zumindest der Sicherheitsbereich von dem aktuellen Streit ausgeklammert würde. Sie hielten dies für möglich. Während der Drohnenkrise im September stand Nawrocki auf derselben Seite wie die Regierung, kritisierte weder die Dienste noch das Militär. Es ging nicht darum, Schuldige zu suchen, und nach außen wurde ein einheitliches Signal gesendet: Aktivierung von Artikel 4 der NATO, also alliierte Konsultationen auf Wunsch eines Staates, der sich bedroht fühlt. Und die Komplimente ließen nicht auf sich warten: Diese Strategie sei auf Nawrocki zurückzuführen.

Im November, beim zweiten ernsten Krisenfall, als auf den Gleisen Sprengsätze von russischen Saboteuren gefunden wurden, war die Stimmung nicht mehr so freundlich. Praktisch von Anfang an setzten PiS und der Präsidentenpalast auf Konfrontation. Die Minister, die für die Dienste zuständig sind, also Innenminister Marcin Kierwiński und Tomasz Siemoniak, wurden zum Rücktritt aufgefordert. Der Präsidentenminister Marcin Przydacz warf Tusk, Sikorski und Siemoniak vor, die Flucht der Saboteure ermöglicht zu haben. Seinen Teil trug der Leiter der Präsidialkanzlei, Zbigniew Bogucki, bei. Er sprach von totalem Chaos, von einer respektlosen Haltung des Premiers und einer katastrophalen Informationspolitik der Regierung. Kierwiński und die Polizeiführer zählte er gar zum Teil der „Olsen-Gang“. Die Vorwürfe kehrten zurück, dass Nawrocki die Informationen zu spät erhalten habe. Die Präsidialkanzlei musste die Fakten über eigene Kanäle zusammentragen.

Nawrocki geht den Weg der PiS

Zu einem offenen Schlagabtausch kam es bereits kurz zuvor. Bei seiner Rede am 11. November schlug Nawrocki in die Kerbe der PiS. Er erklärte, dass „ein Teil der polnischen Politiker bereit sei, Stück für Stück die polnische Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität an fremde Institutionen, Gerichte und ausländische Agenturen der Europäischen Union abzugeben“. Kein Wort verlor er über Russland. Genau diese Rede provozierte den Außenminister. Sikorski räumte im Sejm mit der Botschaft der Euroskeptiker auf und erinnerte daran, dass der Feind im Osten liegt. Die PiS verließ den Saal. Nawrocki schwieg zu der Rede. Stattdessen sprachen seine Minister.

„Als Wladimir Putin die Rede des Außenministers im Sejm sah, denke ich, dass ein Lächeln auf seinem Gesicht erschien, dass Applaus ertönte, genau das war Putins und der Russischen Föderation Ziel: die Polen gegeneinander aufzuwiegeln“, erklärte der Präsidentenminister Marcin Przydacz. „Wir appellieren an die Regierungsseite, dass sie zur Vernunft kommt, dass sie beginnt, zusammenzuarbeiten, und die Verfassung einhält“, fügte er hinzu.

In den letzten Tagen, als die Staats- und Regierungschefs der EU einen Friedensplan für die Ukraine besprachen, besuchte der Präsident Tschechien. An der Prager Universität stellte er seine Ideen zur Reform der Gemeinschaft vor. Er betonte, dass er im Namen Polens spreche. Er schlug die Abschaffung des Amtes des Präsidenten des Europäischen Rates vor, das vor Jahren Donald Tusk innehatte, das höchste EU-Amt, das ein Pole je bekleidete. Nawrocki will außerdem Änderungen im Abstimmungssystem des Rates der EU. Alles, um den Zentralisierungsprozess zu stoppen, den die PiS als eine der größten Gefahren für Polen sieht. Radosław Sikorski meldete sich darauf mit einer kurzen Mitteilung: „Ich möchte

höflich darauf hinweisen, dass der Ministerrat den Präsidenten nicht bevollmächtigt hat, Vorschläge zur Änderung der europäischen Verträge zu unterbreiten.“

„Das ist eine Zuspitzung der Beziehungen, und es sieht schlecht aus“, hören wir von einem wichtigen KO-Politiker. Es deutet sich keineswegs an, dass es besser wird. Karol Nawrocki folgt dem Weg der PiS, die Tusk schon lange politische Abrechnungen und einen Krieg gegen die Opposition vorwirft. Nawrockis Umfeld hebt den Präsidenten dagegen auf ein politisches Podest als Politiker mit dem größten und frischesten Mandat, was als Argument in den nächsten Kompetenzstreitigkeiten mit der Regierung dienen soll.

Die jüngste Auseinandersetzung dreht sich um die Krise im Gesundheitswesen und die schwierige finanzielle Lage der Nationalen Gesundheitskasse (NFZ). Jarosław Kaczyński nahm sich dieses Themas persönlich an. Sein Vertrauter Mariusz Błaszczał lobte das Exekutivkomitee der PiS, das er selbst leitet, für die Idee von Konferenzen vor Krankenhäusern in ganz Polen. Die Resonanz war jedoch gering, da die Medienaufmerksamkeit zu diesem Zeitpunkt eher auf die Probleme des ehemaligen Justizministers Zbigniew Ziobro und seine Flucht vor den Vorwürfen nach Budapest gerichtet war. Hier kam Nawrocki Kaczyński zu Hilfe. Der Präsident widmete sich dem öffentlichen Gesundheitswesen, lud den Vorsitzenden des Nationalen Ärztebundes in den Palast ein und plante nach Gesprächen Anfang Dezember einen medizinischen Gipfel.

„Das wird zur Priorität der Handlungen des Präsidenten. Nach diesem Gipfel sollen vermutlich Empfehlungen und eine Art Fahrplan entstehen, die dazu beitragen, oder vor allem die Regierung zwingen sollen, Mittel für die Sanierung der polnischen Gesundheitsversorgung bereitzustellen“, erklärte Präsidentensprecher Rafał Leśkiewicz. Seiner Ansicht nach sei das System in den letzten Jahren ruiniert worden. Auf den Seiten der Präsidialkanzlei ist zu lesen, dass Nawrocki darüber „tief besorgt“ ist. Vor einigen Tagen legte er dem Sejm einen Gesetzesentwurf vor, der die Lage verbessern soll. Dieser wird jedoch nicht separat behandelt, die meisten Vorschläge des Präsidenten wurden in einen Regierungsentwurf integriert, der sich bereits im Senat befindet.

Die Koalition gewinnt in den Umfragen. „Die Zeit der Tristesse ist vorbei“

Wie es mit den anderen Vorschlägen des Präsidenten weitergeht, ist unklar. Der neue Sejm-Marschall Włodzimierz Czarzasty, der das Amt von Szymon Hołownia übernommen hat, kündigt das Ende der bisherigen Politik gegenüber der Opposition und auch gegenüber Nawrocki selbst an. „Totale Gefriertruhe“, so beschreibt ein Mitarbeiter des Marschalls diese Strategie. Er fügt hinzu, dass Czarzasty sich in dieser Sache mit Donald Tusk abgesprochen habe. Das bedeutet, dass künftig nur noch Vorschläge zur Debatte gestellt werden, die eine klare Finanzierungsquelle aufweisen und deren Auswirkungen auf das System präzise beschrieben sind. Czarzasty spricht dies übrigens offen an. „Es wird keine Nachsicht mehr für Initiativen geben, die lediglich der Popularität der Rechten dienen oder den Ruhm des Präsidenten mehren sollen“, hört man.

Zwei Jahre vor den Wahlen stellt sich die Regierung bewusst in Opposition zu Nawrocki auf. Sie verlässt die bisherige Strategie, als man noch darauf hoffte, dass der Präsident der demokratischen Seite Gesetzespakete unterzeichnen würde, die bei Andrzej Duda keine Chance gehabt hätten. Dieses Unterlassen wurde Tusk nicht selten vorgeworfen.

Wie fühlt man sich in der Regierung nun angesichts der Politik von Karol Nawrocki? „Sehr gut“, antwortet einer der einflussreichereren Politiker aus Tusks Umfeld. „Unter Andrzej Duda hatte man das Gefühl, es handele sich um eine Figur im Abgang. Ein Politiker, der die Polarisierung nicht mehr anheizte. Jetzt gibt es einen realen Gegner. Alles, was Karol Nawrocki tut, wirkt letztlich zu unserem Vorteil. Ähnlich sehe ich es bei dem, was er nicht mehr tun wird, weil wir es ihm nicht erlauben werden. Die Lage sieht man an den Umfragewerten der Bürgerkoalition und an der Stimmung in der Regierung selbst. Die Zeit der Tristesse ist definitiv vorbei“, so seine Einschätzung.

Wir fragen auch nach den Vetos des Präsidenten – bislang sind es dreizehn. Man hört, dass Nawrocki eine solche Politik ohnehin nicht unbegrenzt fortsetzen kann. „Wenn er glaubt, dies sei eine Art, in die Strategie

der Regierung einzugreifen, irrt er sich vermutlich. Die Menschen werden irgendwann erkennen, dass sie einen Präsidenten haben, der gegen Polen, gegen die Polen handelt. Und wenn sich dieses Bild an Nawrocki heftet, wird er in den Umfragen verlieren und am Ende ist mit gewissen Korrekturen zu rechnen. Die jetzige Zeit, in der der Präsident, auf das Einflüstern seiner Berater hin, versucht, über die Verfassung hinauszugehen, müssen wir gut nutzen“, schließt unser Gesprächspartner aus der Regierung.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,32423661,rzad-szuka-szansy-w-konflikcie-z-nawrockim-dziala-na-nasza.html#s=S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Agenten des Zentralen Antikorruptionsbüros [CBA] im Hauptquartier der Rydzyk-Stiftung. Neues Material zum Justifonds



Quelle: Wojciech Strózik/REPORTER

Von Maciej Pietrzak

Beamte des Zentralen Antikorruptionsbüros betraten im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft die Zentrale der Stiftung „Lux Veritatis“ von Pater Tadeusz Rydzyk. Dort stellten sie Dokumente für eine Untersuchung von Unregelmäßigkeiten beim Justifonds sicher.

Jacek Dobrzański, Sprecher des Minister-Koordinators der Spezialdienste, teilte der Nachrichtenagentur PAP mit, dass Agenten der CBA auf Ersuchen der Generalstaatsanwaltschaft mit dem Beschluss zur Durchsuchung und Sicherstellung von Gegenständen zur Stiftung „Lux Veritatis“ gekommen seien.

„Die Ermittler haben Dokumente für eine Untersuchung von Unregelmäßigkeiten beim Justifonds sichergestellt. Diese Dokumente werden nun analysiert und überprüft“, fügte der Sprecher hinzu.

Vor fast genau einem Jahr durchsuchte das Zentrale Antikorruptionsbüro (CBA) die Gebäude der Stiftung Lux Veritatis in Warschau, Toruń und Breslau. Im Rahmen von Ermittlungen wegen Machtmissbrauchs durch den ehemaligen Kulturminister wurden Dokumente beschlagnahmt. Die Ermittlungen betrafen die Finanzierung des Museums „Pamięć i Tożsamość“ [Erinnerung und Identität] in Toruń. Die Stiftung erklärte, die angeforderten Dokumente freiwillig herausgegeben zu haben.

Das Verhör von Pater Rydzyk Anfang Dezember

Am 8. Dezember wurde Pater Tadeusz Rydzyk in diesem Fall zur Vernehmung in die Staatsanwaltschaft vorgeladen. Zuvor hatten bereits die Finanzdirektorin der Stiftung Lux Veritatis, Lidia Kochanowicz-Mańk, und Pater Jan Król ähnliche Vorladungen erhalten. Beide sind Mitglieder des Stiftungsvorstands, dessen Vorsitzender Rydzyk ist.

Die Anhörung des Geistlichen zum Museum „Pamięć i Tożsamość“ ist für den 34. Jahrestag der Gründung von Radio Maryja angesetzt. Auch in Bydgoszcz sind für diesen Tag Jubiläumsfeierlichkeiten geplant (in Toruń finden sie am 6. Dezember statt).

Pfarrer Rydzyk erinnerte in einer veröffentlichten Erklärung an den Jahrestag der Gründung des Radiosenders: „Am 8. Dezember 1991, dem Fest der Unbefleckten Empfängnis Mariä, wurde Radio Maryja gegründet. Radio Maryja hatte von Anfang an Schwierigkeiten. (...) Keine der Behörden hat uns bevorzugt, aber die aktuelle Situation führt zur Schließung des Museums und ganz offensichtlich auch zur Schließung von Radio Maryja und Telewizja Trwam, weil wir nicht der politischen Korrektheit entsprechen“, schrieb er.

Pater Rydzyk bat die Anwesenden, „Informationen darüber an alle Polen, alle Gläubigen und Nichtgläubigen“ weiterzugeben, da „es unsere gesamte Gemeinschaft, unsere Nation betrifft“.

Das Museum „Pamięć i Tożsamość“ in Toruń. Verträge werden von der Staatsanwaltschaft geprüft

Mitte 2018 wurde die Vereinbarung zur Errichtung des Museums „Pamięć i Tożsamość“ zwischen der Stiftung Lux Veritatis und dem Ministerium für Kultur und Nationales Erbe unterzeichnet. Im Mai des darauffolgenden Jahres begannen die Bauarbeiten für das Gebäude zwischen dem Campus der Akademie für Sozial- und Medienkultur und dem Heiligtum von Toruń. Das Ministerium stellte über 180 Millionen PLN für das Projekt bereit, die Stiftung steuerte 90 Millionen PLN bei.

Anfang 2024 verweigerte Minister Bartłomiej Sienkiewicz die Bereitstellung weiterer 13 Millionen PLN. Er kündigte zudem die Kündigung des Vertrags an und begründete dies mit dessen fragwürdigem Zweck. Nach seinem Ausscheiden forderte das Ministerium von Hanna Wróblewska die Aufhebung des Vertrags und die Rückzahlung der Gelder. Die mangelnde Sicherheit der Stiftung führte schließlich zum Abbruch der Verhandlungen.

Der stellvertretende Kulturminister Maciej Wróbel gab am 13. November 2025 bekannt, dass die Stiftung Lux Veritatis von Tadeusz Rydzyk nicht bereit sei, eine Vereinbarung mit dem Kulturministerium über die gemeinsame Errichtung des Museums „Erinnerung und Identität“ in Toruń zu treffen. Daher werde der Streit vor Gericht ausgetragen.

Das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe hat Klage auf Aufhebung der unter Minister Piotr Gliński mit der Stiftung Lux Veritatis geschlossenen Verträge eingereicht. Das Ministerium fordert die Rückzahlung von 210 Millionen PLN zuzüglich Zinsen. Die Staatsanwaltschaft Rzeszów ermittelt in dem Fall.

Am 14. November gab die masowische Staatsverwaltung bekannt, dass sie nach einer Prüfung des Ministeriums für Kultur und Nationales Erbe die Staatsanwaltschaft im Juli 2024 über einen mutmaßlichen Straftatbestand informiert habe. Die Anzeige betrifft die mangelnde Wahrung der Interessen des Staatshaushalts durch den Kulturminister.

Laut der Nationalen Steuerverwaltung betraf die Mitteilung hauptsächlich ungünstige Bestimmungen in Verträgen zur Finanzierung des Museums „Pamięć i Tożsamość“. Der Wert der festgestellten Unregelmäßigkeiten wurde auf fast 219 Millionen PLN geschätzt.

Zsfg.: JP

https://torun.wyborcza.pl/torun/7,48723,32428028,agenci-cba-w-siedzibie-fundacji-rydzyka-nowe-materialy-w-sprawie.html?utm_source=facebook.com&utm_medium=SM&utm_campaign=FB_Gazeta_Wyborcza

Die „Konfederacja Korony Polskiej“ [Konföderation der Polnischen Krone] und ihre „Vorteile“. Warum wollen Menschen für Braun stimmen? [MEINUNG]



Quelle: Getty Images

Von Tomasz P. Terlikowski – Doktor der Religionsphilosophie, Schriftsteller und Kolumnist

Die vierte politische Kraft in Polen ist eine Partei, deren Anführer antisemitische Kampagnen gegen Bildungsveranstaltungen organisiert, die in katholischen Kirchen stattfinden sollen, religiöse Symbole des Judentums mit einem Feuerlöscher zerstört und deren anderer Anführer Listen von Ukrainern in den sozialen Medien erstellt.

Wenn man sich die Umfragen ansieht, wird die Konföderation der Polnischen Krone nicht nur ins Parlament einziehen (und daran besteht zum jetzigen Zeitpunkt praktisch kein Zweifel), sondern **könnte sogar zehn Prozent der Stimmen erhalten und ein Dutzend oder vielleicht sogar mehrere Dutzend Abgeordnete ins Parlament entsenden.**

„Ein Haufen nützlicher Idioten“

Politiker des KKP werden mit ihren antisemitischen Äußerungen – und genau davor warnen Politiker der Bürgerkoalition und der PiS einhellig – nicht nur die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten (die für uns immer noch eine Sicherheitsgarantie darstellen) schädigen, sondern – angesichts der geäußerten Ansichten von Grzegorz Braun und Włodzimierz Skalik – auch **zu einem echten Instrument des Kremls in Polen werden.**

Und allein aus diesem Grund – ungeachtet der eigenen politischen Ansichten – sollte ein realistischer und verantwortungsbewusster Bürger unseres Landes nicht für die Konföderation der Polnischen Krone stimmen. Doch es mangelt nicht an solchen Wählern, und viele von ihnen – man muss sich nur die sozialen Medien ansehen – schämen sich dessen keineswegs.

Wie etablierte Politiker Raum für Braun schufen

Ich glaube, dass viele Erfolgsväter dazu beigetragen haben. Die Konföderation der Polnischen Krone offenbart die schlimmsten Auswüchse des Denkens mancher Polen. Antisemitismus, Chauvinismus und Spekulationen über die ethnische Herkunft von Politikern werden schleichend zur Norm. Und einige Katholiken machen sich diese Politik zunutze und beginnen, die Religion zu instrumentalisieren, um Antisemitismus zu schüren.

Woran liegt das? Grzegorz Brauns Erfolg hat viele Ursachen. Zunächst wurde ein recht plumper Antisemitismus normalisiert – etwa durch eine Buchreihe eines bekannten rechtsgerichteten Kolumnisten oder durch die öffentliche Infragestellung der Beteiligung von Polen am Massaker von Jedwabne. Dann wurden antiukrainische Ressentiments in der breiten Öffentlichkeit völlig akzeptiert. Schließlich kandidierten bei der Präsidentschaftswahl mehrere offen Putin-treue Kandidaten, wodurch selbst Grzegorz Braun recht gemäßigt wirkte.

Und es soll kein Zweifel daran bestehen: Der Prozess, von dem ich spreche, betraf nicht nur Vertreter der gemäßigten Rechten oder der Kirche (die nicht protestierten, als unter dem Deckmantel vorkonziliarer theologischer Auslegungen Juden und das Judentum aufgehetzt und absolut falsche theologische oder historische Thesen präsentiert wurden), sondern auch Politiker, die sich als Liberale ausgaben.

Die Erzählung, Ukrainer würden das polnische Sozialsystem ausnutzen, verbunden mit Forderungen nach dem Entzug sozialer Privilegien (die sie angeblich mehr genossen als Polen), wurde auch im Präsidentschaftswahlkampf von Rafał Trzaskowskis Wahlkampfteam verbreitet. **Karol Nawrockis Team hingegen machte die Wolhynien-Frage und die Erzählung von der Undankbarkeit des von Russland überfallenen Landes zu einem zentralen Thema. Das Ergebnis? Die antiukrainische Rhetorik ist absolut salonfähig geworden.** Grzegorz Braun ist schärfer, radikaler und daher glaubwürdiger für jenen immer sichtbarer werdenden Teil der Wählerschaft, der die Schuld für die verschiedenen mit dem Krieg verbundenen Härten nicht den Kriegsverursachern, sondern den Kriegsopfern zuschreibt.

Ausnutzung der intellektuellen Schwäche des Katholizismus

Kriegsmüdigkeit, die Angst vor den potenziellen Folgen sowie vor einer Eskalation (die nach wie vor real ist) oder gar einem Übergreifen des Krieges auf polnisches Territorium tragen ebenfalls zur wachsenden Popularität von Braun und seinem Team bei. Diese Ängste, gepaart mit der Furcht vor Souveränitätsverlust und einer erneuten Abhängigkeit von Russland, sind so stark (und nicht immer bewusst), dass manche Polen dieser Möglichkeit durch ein trügerisches Bündnis mit Russland entgehen wollen.

Diese, insbesondere die bedingungslose Loyalität gegenüber dem Imperium – fast wie am Ende der Ersten Polnischen Republik – soll angeblich garantieren, dass die Russen uns in Ruhe lassen. **Um sie nicht zu verärgern, sind die Befürworter dieser Linie bereit, nicht nur die Ukraine, sondern auch die Europäische Union aufzugeben.** Die Rechtfertigung für diese Haltung verweist ebenfalls auf die Erste Polnische Republik, als die Föderation Targowica ihre Unterordnung und den Einsatz Russlands für interne Konflikte mit der Notwendigkeit rechtfertigte, Polen gegen religiöse Minderheiten sowie gegen die Errungenschaften der Aufklärung zu verteidigen. Braun und seine Anhänger greifen diese Argumentation lediglich wieder auf.

Katholizismus (gelinde gesagt seine Parodie) ist ein weiteres entscheidendes Element in Grzegorz Brauns politischer Strategie. Er selbst hat sich als Popularisierer der Marienerscheinungen von Gietrzwałd einen Namen gemacht, und der polnische Katholizismus ist stark in Privatoffenbarungen verwurzelt. Weiterhin präsentiert er sich als führender Verteidiger des Lebens, als der Einzige, der in der Lage sei, „Abtreibungsbefürworter zu vertreiben“. Dies verschafft ihm in einem politischen Umfeld, in dem Abtreibung

nach wie vor das einzige relevante Thema im katholischen Glauben ist (wobei die LGBTQ+-Lobby und Gesundheitserziehung weitere Themen sind), einen zusätzlichen Wahlvorteil.

Beide Probleme verdeutlichen leider die intellektuelle und spirituelle Schwäche eines Teils der Kirche in Polen, die nicht in der Lage ist, eine umfassende Vision der Soziallehre zu entwickeln und zu präsentieren, alles auf das Thema Abtreibung reduziert und **nicht erkennt, dass Politiker, die für Katholiken wichtige Themen zynisch instrumentalisieren, schlichtweg gefährlich sein können.**

Es fehlt im polnischen Katholizismus an einer echten Debatte darüber, was eine Pro-Life-Haltung tatsächlich bedeutet (eine solche Debatte existiert beispielsweise im amerikanischen Katholizismus). Zudem wird stark betont, dass der konservative Traditionalismus, der direkt aus der Targowica-Konföderation des 18. Jahrhunderts übernommen und mit Putins Kritik am Westen angereichert wurde, – entgegen mancher Behauptungen – nicht die einzige katholische Position darstellt. Sowohl der Vatikan als auch die große Mehrheit – darunter konservative westliche Bischöfe – vertreten ein radikal anderes Verständnis des Katholizismus, in das Grzegorz Braun und seine Partei eindeutig nicht passen.

Die Normalisierung des Antisemitismus und der geopolitische Wandel

Doch auch die Weltpolitik spielt eine Rolle bei der Ausweitung des Einflusses der Konföderation der Polnischen Krone. Die Aktionen der israelischen Armee im Gazastreifen und die skandalösen Äußerungen von Benjamin Netanjahu engsten Vertrauten bedeuten, dass der **Antisemitismus zurückkehren könnte – nicht länger als vulgäre Ideologie, sondern als vermeintlich edle Verteidigung der Palästinenser.** Und so geschieht es. Manche KKP-Aktivisten verbergen ihren echten Antisemitismus unter eben diesem Deckmantel (obwohl sie andererseits oft radikal islamophob sind), und wer ähnliche Meinungen über das heutige Israel aus anderen Quellen hört, verliert die wahren Beweggründe für die Haltung Brauns und seiner Gefolgschaft aus den Augen.

Doch das ist nicht alles, denn auch amerikanische Themen spielen eine Rolle. **Dank der Aktionen ihres Gründers deckt sich die Konföderation der Polnischen Krone perfekt mit den Standards der amerikanischen Alt-Right-Bewegung, der MAGA-Bewegung,** deren wachsender Teil zudem prorussisch und antisemitisch ist. Diese Unterstützung, zusammen mit der Übernahme bestimmter amerikanischer Methoden, verleiht Ansichten, die aus Polens Vergangenheit unter Moczar oder den radikalen Nationaldemokraten leider nur allzu bekannt sind, neuen Auftrieb.

All dies verdeutlicht, dass die Eindämmung des Vormarsches innerhalb der KKP-Institutionen nicht nur die Zusammenarbeit von Politikern verschiedener Parteien (man könnte es auch „Kordonpolitik“ nennen) erfordert, sondern auch die Einbindung weiterer Institutionen. Ohne diese besteht die ernsthafte Befürchtung, dass Braun langsam, aber stetig an die Macht gelangen und seine Präsenz zu einer gefährlichen Radikalisierung weiterer rechtsextremer Parteien führen wird. **Und das wäre lebensbedrohlich für Polen.**

Zsfg.: JP

<https://wiadomosci.wp.pl/konfederacja-korony-polskiej-i-jej-atuty-dlaczego-ludzie-chca-glosowac-na-brauna-opinia-7216784605674144a>

Tusk wie Przyłębska, Ziobro und Duda. Vier Unwahrheiten des Premierministers zum Urteil des EuGH



Quelle: [Dawid Zuchowicz / Agencja Wyborcza.p](#)

Von **Anton Ambroziak**

Der EuGH hat im Fall der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen seine Zuständigkeiten nicht überschritten. Er entschied im Rahmen der Umsetzung der EU-Verträge, zu deren Einhaltung sich Polen verpflichtet hat. Genauso tat er es in der Zeit der PiS-Regierungen, indem er auf die Garantien der Unabhängigkeit der Gerichte achtete. Premierminister Tusk klingt heute wie Duda im Jahr 2020.

Eine in einem EU-Land begründete Familie hört nicht auf, eine solche zu sein, wenn sie die Grenze überschreitet. Unabhängig davon, ob die Ehe von Personen unterschiedlichen oder gleichen Geschlechts geschlossen wurde. Das ist der Kern des Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 25. November 2025 betreffend die Anerkennung im Ausland geschlossener gleichgeschlechtlicher Ehen.

Der polnische Ministerpräsident begann die Sitzung der Regierung am Mittwoch mit seiner eigenen Auslegung des Urteils und der „Beruhigung“ der Bürger, dass die Europäische Union uns diesbezüglich nichts aufzwingen könne. Abgesehen von einer politischen Bewertung dieser Worte hat sich der Premier in seiner Rede geirrt (oder gelogen) und die juristische Argumentation verdreht, und das gleich viermal. Sehen wir uns seine Äußerung genau an.

1. Der EuGH wacht über die EU-Verträge

„Es ist nicht so, dass die Europäische Union uns in dieser Frage irgendetwas aufzwingen kann“, erklärte Donald Tusk gleich zweimal. Hier vermischt der Premierminister, ähnlich wie die extreme Rechte, zwei Ebenen. Tatsächlich kann der EuGH keinen Einfluss auf die nationale Gesetzgebung im Zivilrecht nehmen, einschließlich der Regelungen zum Familienleben. Allerdings hat das Gericht in Luxemburg auch keine Änderung des polnischen Rechts angeordnet.

Im Tenor des Urteils stellte es ausdrücklich fest, dass die Legalisierung von Verbindungen gleichgeschlechtlicher Paare in der ausschließlichen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbleibt. Die Entscheidung des EuGH erging auf eine Vorlagefrage, die vom Obersten Verwaltungsgericht gestellt worden war. Mit anderen Worten. Es war ein polnisches Gericht, das wissen wollte, ob staatliche Stellen durch die Verweigerung der Transkription einer im Ausland geschlossenen Ehe eines gleichgeschlechtlichen Paares gegen EU-Verträge verstößen. Der EuGH skizzierte daraufhin den allgemeinen Rahmen, in dem sich Polen bewegen muss, wenn es Teil der europäischen Gemeinschaft sein will.

Das Gericht in Luxemburg entschied konkret, dass wir Ehen gleichgeschlechtlicher Paare anerkennen müssen, um die Freizügigkeit und das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens zu gewährleisten. Da die polnische Regierung die Verwirklichung dieser Rechte auf gesetzlicher Ebene nicht zulässt, sollte sie zumindest die Transkription ausländischer Heiratsurkunden zulassen. Und was ist die Transkription? Eine Verwaltungsentscheidung, mit der in ausländischen Urkunden beurkundete Rechtsakte in die polnischen Personenstandsregister übernommen werden. Wie Prof. Ewa Łętowska auf OKO.press schrieb, erfordert das Urteil keine Änderung des polnischen Rechts, sondern lediglich eine Änderung der Verwaltungspraxis und der Rechtsprechung.

Der EuGH hat also seine Zuständigkeiten nicht überschritten: Er entschied im Rahmen der Umsetzung der EU-Verträge, zu deren Einhaltung sich Polen verpflichtet hat. Genauso handelte er wiederholt in der Zeit der Regierungen der Vereinigten Rechten, indem er die Garantien der Unabhängigkeit der Gerichte und der Unabhängigkeit der Richter achtete.

2. Wen betrifft das Urteil?

Der Premier erklärte weiter, dass das Urteil „Ehen betrifft, die von Menschen geschlossen werden, die außerhalb Polens in anderen europäischen Ländern leben“. Das Urteil bezieht sich genau auf die Wahrung der Rechte von Paaren, die in einem der EU-Mitgliedstaaten legal geheiratet und dort von der ihnen zustehenden Freizügigkeit und dem Aufenthaltsrecht Gebrauch gemacht haben.

Ob es um alle Paare geht, die im Ausland geheiratet haben, oder nur um jene, die dort zumindest für kurze Zeit wohnten und dann nach Polen gezogen sind, ist eine Frage der Interpretation. Sicher ist, im Tenor des Urteils hat der Gerichtshof sich nicht nur auf Bewohner beschränkt. Er legte auch keine Mindestaufenthaltsdauer in dem Staat fest, in dem die Ehe wirksam und legal geschlossen wurde.

Erinnern wir uns: Der Fall vor dem EuGH betraf einen spezifischen Sachverhalt, bei dem zwei polnische Staatsbürger in Deutschland heirateten, dort mehrere Jahre lebten und erst anschließend nach Polen zurückkehrten, um ihre ihnen zustehenden Rechte zu wahren. Laut Rechtsanwalt Paweł Knut, der das Paar vor dem EuGH vertrat, ist es schwer vorstellbar, dass polnische Behörden Paare unterscheiden würden zwischen jenen, die nur kurzzeitig ins Ausland gingen, um zu heiraten, und jenen, die längere Zeit dort lebten. Eine solche Unterscheidung wäre diskriminierend. Der EuGH betonte in seinem Urteil, dass zwar die Art und Weise der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen im Ermessen des Mitgliedstaates liegt, dieser den Paaren jedoch weder Hindernisse auferlegen noch sie diskriminieren darf.

Wie wir eingangs geschrieben haben: Eine Familie, die in einem Land gegründet wurde, muss auch nach Überschreiten der Grenze als Familie anerkannt werden. Unabhängig davon, ob das jeweilige Land auf gesetzlicher Ebene weiterhin homophob ist oder nicht.

3. Polen hat ein Problem, aber nicht Europa

„Das Thema spaltet die öffentliche Meinung sehr, sehr stark, nicht nur in Polen“, bewertete Donald Tusk weiter. Nicht wirklich. In der Europäischen Union haben 16 Staaten die Ehegleichheit eingeführt, dreimal so viele wie die Anzahl der Länder, die gleichgeschlechtlichen Paaren keine Möglichkeit zur Registrierung ihrer Partnerschaft einräumen. Ehe und eingetragene Partnerschaften werden in der EU nur in Polen, Bulgarien, Litauen, der Slowakei und Rumänien nicht anerkannt.

Zu den Ländern, die vollständige Gleichstellung eingeführt haben, gesellte sich 2024 Estland. Es ist das erste Land in der Geschichte des postsowjetischen Blocks, das gleichgeschlechtlichen Paaren die Eheschließung ermöglichte, und das zweite in Mittel- und Osteuropa nach Slowenien. In Slowenien brachte ein Urteil des Verfassungsgerichts die Ehegleichheit: Es stellte fest, dass die Beschränkung der Ehe auf die Verbindung zwischen Mann und Frau LGBT+-Personen diskriminiert. In Estland war es eine politische Entscheidung der parlamentarischen Mehrheit, die den Ehrgeiz hatte, regionaler Vorreiter bezüglich Gleichstellung zu werden und sich gleichzeitig dauerhaft von homophoben Einflüssen Russlands abzugrenzen. „Das ist eine Entscheidung, die niemandem etwas nimmt, aber vielen Menschen etwas Wichtiges gibt“, erklärte Estlands Premierministerin Kaja Kallas nach dem erfolgreichen Votum über das Gesetz, das gleichgeschlechtlichen Paaren das Recht auf Eheschließung und Adoption einräumt.

Hier ist die vollständige Liste der EU-Länder, die Ehegleichheit eingeführt haben:

Niederlande (seit 2001), Belgien (2003), Spanien (2005), Schweden (2009), Portugal (2010), Dänemark (2012), Frankreich (2013), Irland (2015), Luxemburg (2015), Finnland (2017), Deutschland (2017), Malta (2017), Österreich (2019), Slowenien (2022), Estland (2024), Griechenland (2024). Die Eheschließung wird gleichgeschlechtlichen Paaren in den meisten postsowjetischen Ländern sowie in Italien und Zypern nicht erlaubt. Polen jedoch gehört zu den Vorreitern jener Staaten, die LGBT+-Personen in völliger rechtlicher Leere zurücklassen.

4. Eine Vereinbarung über das Zusammenleben ist keine Ehe

„Über alle Angelegenheiten, die vom Nationalstaat und dem nationalen Recht geregelt werden müssen, werden wir an diesem Grundsatz festhalten. Wir arbeiten auch weiterhin an unserem Projekt“, erklärte Tusk und fügte erneut hinzu, dass uns niemand etwas aufzwingen werde.

Damit bezog sich der Premier auf den Gesetzentwurf zum Status der „nächsten Person“, den die Polnische Bauernpartei (PSL) zusammen mit der Linken vorbereitet hat. Das Gesetz sieht nicht die Schaffung einer zusätzlichen Institution vor, sondern die Ausarbeitung eines Musters für eine Vereinbarung über das Zusammenleben, die bei einem Notar von gleich- oder verschiedengeschlechtlichen Paaren unterzeichnet werden kann. Der Staat soll sich nur um die Registrierung kümmern, um die Möglichkeit der Bigamie auszuschließen (also sowohl der Vereinbarung als auch einer Ehe mit verschiedenen Personen). Wie OKO.press erfuhr, soll der Entwurf im Dezember im Ministerrat vorgestellt werden.

Wie sehr das Gesetz zum Status der „nächsten Person“ die Frage der Anerkennung von Rechten löst, die sich aus im Ausland geschlossenen Ehen ergeben, ist unklar. Im Regierungsentwurf zum Partnerschaftsgesetz, der vom Gleichstellungsreferat beim Büro des Ministerpräsidenten vorbereitet wurde, klaffte an dieser Stelle eine Lücke. Ehen sind eine eigene Institution und sollten nicht über das Partnerschaftsgesetz geregelt werden. Mit anderen Worten: Das nationale Recht ist das eine, die Verpflichtung zur Transkription ausländischer Eheurkunden, die sich aus völkerrechtlichen Verpflichtungen ergibt, das andere.

Tusk verlässt seine eigene Wählerschaft

Am Ende kann man sich kaum des Eindrucks erwehren, dass Tusks Worte über das EU-Gericht, das uns nichts aufzwingen werde, unheimlich vertraut klingen.

„Sie werden uns nicht in fremden Sprachen vorschreiben, welches System wir in Polen haben sollen und wie polnische Angelegenheiten geführt werden (...). Hier ist die Europäische Union, ja! Und darüber freuen wir uns sehr. Aber vor allem ist hier Polen“, so sagte 2020 der damalige Präsident Andrzej Duda im

Wahlkampf zur stark kritisierten Justizreform. Dieselbe Argumentation verwendete auch das Verfassungsgericht unter Julia Przyłębska, und die Urteile des EuGH wurden damals vom Justizminister Zbigniew Ziobro untergraben (während Richter, die europäische Entscheidungen ausführten, bestraft wurden).

Für die damals auf den Straßen protestierenden Menschen, darunter auch Wähler der Bürgerkoalition, war die Rechtsprechung des EuGH die letzte Hoffnung, den Abbau des Rechtsstaats und die autokratischen Ambitionen der PiS zu stoppen. Es ist schwer zu verstehen, warum Premierminister Tusk heute dieses Erbe torpediert; warum er statt an seine eigene Wählerschaft zu appellieren, die rechtsgerichtete Hysterie beruhigt, die nach dem Urteil des EuGH ausbrach. Ganz zu schweigen davon, dass Tusk mit seinen Worten die Pläne seiner eigenen Regierung untergräbt, die, wie OKO.press berichtete, seit Monaten auf die Umsetzung der Folgen des EuGH-Urteils vorbereitet war.

Waldemar Żurek, Justizminister in Tusks Regierung, räumte ausdrücklich ein, dass Polen das EuGH-Urteil umsetzen muss, und stellte fest, dass unsere Verfassung gleichgeschlechtliche Ehen nicht verbietet.

Zsg.: AV

<https://oko.press/tusk-jak-przylebska-ziobro-i-duda-cztery-falsze-premiera-o-wyroku-tsue>



Quelle: PAP/Marcin Gadomski

„Ein weiterer Grundsatz der Demokratie ist die Selbstbeschränkung von Personen, die öffentliche Ämter bekleiden. Jede öffentliche Institution in einem demokratischen Staat braucht einen Führungswechsel, neue Menschen und neue Ideen. Ich war fast fünfzehn Jahre lang im Amt, plus zwei Jahre zuvor im Rat des Europäischen Zentrums der Solidarność – es war Zeit, dass jemand Jüngerer mit anderen Erfahrungen die Verantwortung übernahm.“

Basil Kerski – scheidender Leiter des Europäischen Zentrums der Solidarność

Quelle: <https://dzieje.pl/wywiad/basil-kerski-ecs-nie-tylko-muzeum-gdanska-agora-xxi-wieku>

MEDIENSPiegel – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

polskieradio.pl

Polnische Symbole vom Friedhof in Katyń entfernt – Warschau protestiert

<https://www.polskieradio.pl/400/7764/Artykul/3609792,polinische-symbole-vom-friedhof-in-katyn-entfernt-%E2%80%93-warschau-protestiert>

nordkurier.de

Wer nun mit dem Auto nach Polen fährt, kann schnell im Gefängnis landen

<https://www.nordkurier.de/regional/mecklenburg-vorpommern/wer-nun-mit-dem-auto-nach-polen-faehrt-kann-schnell-im-gefaengnis-landen-4121735>

handelsblatt.com

Warum der US-Vorstoß zur Ukraine Polen besonders nervös macht

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/friedensplan-warum-der-us-vorstoess-zur-ukraine-polen-besonders-nervoes-macht/100177205.html>

soldat-und-technik.de

Polen startet militärisches Trainingsprogramm für Zivilisten

<https://soldat-und-technik.de/2025/11/taktik-ausbildung/46220/polen-start/>

juedische-allgemeine.de

Antisemitismus-Eklat in Auschwitz

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/antisemitismus-eklat-in-auschwitz/>

juedische-allgemeine.de

Die polnische Krankheit

<https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/die-polnische-krankheit/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus